

# Dresdner Neueste Nachrichten

Heute  
neuer  
Roman

Anzeigenpreis: 2,50 R.-M. pro Zeile für 10 Tage. Bei längerer Dauer und bei besonderen Umständen werden Abmachungen getroffen.  
Redaktion, Verlag: Neueste Nachrichten, Dresden, Postfach 2060.

Unabhängige Tageszeitung  
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch 2,00 R.-M. pro Monat. Bei Postzustellung durch 2,20 R.-M. pro Monat. Einzelnummer 10 R.-Pf.

Nr 168

Mittwoch, 20. Juli 1932

40 Jahrgang

## Konferenz der deutschen Landwirtschaftsminister

Die innenpolitische Spannung dauert an — Beginn des Prozesses wegen des Anschlags auf Dr. Luther

### Die Ernährungsfrage

Telegramm unfres Korrespondenten

München, 19. Juli  
Die heute in München unter dem Vorsitz des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft zusammengetretene Konferenz der Landwirtschaftsminister der Länder hat sich in erster Linie mit politischen Wünschen der Landwirtschaft beschäftigt. Von der Diktatur wird dabei nur insofern die Rede sein, als die Vertreter der Reichsregierung näheren Aufschluss über die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Wirtschaft in das System der landwirtschaftlichen Umgestaltung geben könnten. Welche Beiträge Bayern für diesen Zweck bekommen wird, ist hier offiziell noch nicht bekannt. Man rechnet aber mit 3 Millionen Mark, ein Betrag, der nach mir gebrachten Erklärungen aus Regierungskreisen bei weitem nicht hinreicht, die Lage der Landwirtschaft in dem besagten Obgebiet wirksam zu verbessern.

Die Wünsche, die der Reichsregierung von den Ländern unter Führung Bayerns unterbreitet werden sollen, beziehen sich vor allem auf Maßnahmen zur Förderung der landwirtschaftlichen Betriebe und auf die Erhaltung der Wirtschaft. Eine Forderung, die aber noch nicht verwirklicht werden kann, solange der schwebende Handelsvertrag noch in Kraft ist. Weiterhin wird eine neue Berechtigung von Reichsmitteln für die Abgabe verbilligter Fleisch- und Eierwaren, Preisveränderungen für landwirtschaftliche Produkte, um den Preis überhöhten Märkten zu entlasten, Maßnahmen zugunsten des Hopfens und Weinbaus usw.

Der Abschluß unserer Oasen- und Getreideüberschüsse soll durch Ausfuhrerleichterungen gesichert werden und besonders dringlich werden erhöhte Schutzsätze zur Unterbindung ausländischer Getreidezufuhr gefordert. Der landwirtschaftliche Staatshaushalt hat diese Lage in einem Ausmaß die Marktsituation für diese Fragen festgelegt. Die Holzpreisveränderungen vom Herbst und Juni genügt zur Abwehr ausländischer Dumpingpreise nicht. Das Reich müsse sofort die Hilfe für Holzarten, die denen die durch seine Rückstufung auf Handelsverträge gebunden sei, bedeutend erhöhen und im übrigen für noch Aufhebung der Handelsverträge mit Österreich und Schweden eine grundsätzliche Neuordnung der Holzpreise in Aussicht zu nehmen.

Es ist also ein ganzer Strauß von Wünschen und Vorstellungen, den die Vertreter der Länderregierungen dem Reich in München überreichen werden. Dem Reichsernährungsminister dafür zu gewinnen, wird sicherlich nicht allzu schwer sein. Ob man aber auch durch ihn die Bedenken der übrigen Reichsministerien wird entkräften können, bleibt abzuwarten. Den verschiedenen politischen Wünschen der Landwirtschaft stehen bedeutende Interessen unserer Exportindustrie gegenüber. Hier den Ausgleich zu finden, wird für das Kabinett Papen nicht leicht sein.

### Die Nationalsozialisten und das Kabinett Papen

Das Material der „Germania“

Berlin, 19. Juli  
Auf einer Zentrumskundgebung in Kassel hatte am Sonntag der Reichstagsabgeordnete Vetterhaus angekündigt, daß die gesamte deutsche Zentrumspresse Material veröffentlicht werde, das einwandfrei den Nachweis dafür erbringe, daß die Nationalsozialisten dem Kabinett v. Papen gegenüber gewisse politische Bindungen im Sinne einer Lockerung eingegangen seien, obwohl sie jetzt diese Bindungen abzulösen beabsichtigen. Dieser Ankündigung entsprechend veröffentlicht die „Germania“ in ihrer heutigen Morgenausgabe den Bericht über eine Besprechung, an der Reichsminister v. Papen am Mittwoch dem 18. Juni d. J. Vertreter der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags geladen hatte. Es handelte sich um

die Frage der Regierungsbildung in Preußen. Für das Zentrum erschienen Minister Heilmann, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Sieger und der Geschäftsführer Dr. Grah. Wie die „Germania“ erklärt, ist der von ihm zum erstenmal in der Öffentlichkeit bekanntgemachte Inhalt dieser Unterredung von dem Zentrumsvertreter sofort nach der Sitzung in einem Protokoll festgehalten worden. Nach dieser Niederschrift legte Herr v. Papen in der Besprechung dar, daß er über die künftige preussische Regierung mit dem Reichspräsidenten verhandelt habe und auch zu einem gewissen Ergebnis gekommen sei. Als vorläufiger Mann habe er sich die Bedingungen schriftlich geben lassen, unter denen die Nationalsozialisten bereit seien, mit dem Zentrum und den Deutschen Nationalen über eine Regierungsbildung zu verhandeln.

Die Bedingungen der Nationalsozialisten lauteten:  
1. Den Nationalsozialisten sind neben andern Reformen das Ministerpräsidentenamt und das Innenministerium zuzuerkennen;  
2. Die Zentrumspartei hat ihre finanzielle Opposition gegen das Kabinett v. Papen einzustellen.  
Herr v. Papen teilte weiter mit, diese Bedingungen würden die Nationalsozialisten dem Zentrum noch schriftlich mitteilen. Die „Germania“ fährt fort: Es erdrückt sich, im einzelnen darzulegen, was die

### Vor dem ersten Abschluß

Von Staatssekretär J. D. Frhr. v. Rheinbaben

Die wichtigste Auswirkung des in Lausanne erzielten Ergebnisses auf Genf war die Tatsache, daß die seitens des deutschen Kanzlers erhobenen politischen Forderungen als solche zunächst abgelehnt und auf künftige Auseinandersetzungen mit den Siegermächten verwiesen wurden. Die Forderung, die bei der Arbeit der deutschen Delegation zur Abrüstungskonferenz im Vordergrund steht, ist der Fortfall des Teils V des Versailler Vertrags und die Zulassung Deutschlands an der Behandlung und zu den Verhandlungen der für alle Staaten hier in Genf auszuhandelnden ersten Internationalen Abrüstungskonvention. Nur wenige Tage stehen hierfür noch zur Verfügung, dann soll der erste Akt dieser Konferenz, der am 2. Februar d. J. begonnen hat, beendet und die Konferenz mindestens bis zum Spätherbst vertagt werden. Stellen wir die Frage: Worauf kommt es jetzt für Deutschland an?

Weselen wir zunächst unsere Erinnerung. Einer langen Generaldebatte zu Beginn der Konferenz folgten einige Sitzungen der Generalkommission, die über unwesentliche Dinge oder formelle Selbstverständlichkeiten kaum hinausgingen. Nach Ostern suchte ein amerikanisch-englischer Vorstoß die Konferenz zu „orientieren“. Es sollten diejenigen Mächte durch die Spezialkommissionen bezeichnet werden, deren Charakter besonders „aggressiv“ ist und die eine besonders grobe Gefahr für die Weltbevölkerung bedeuten. Wochentag dauerten diese Untersuchungen. Sie führten zu funktionell aus verchiedenen Formeln zusammengesetzten Verträgen, mit denen praktisch nicht das geringste anzufangen war. Um die Verlegenheit zu verdecken, wurden private Besprechungen unter den Delegationen angesetzt, von denen die Konferenzleitung wenigstens einige positive Ergebnisse auf dem Gebiet der sogenannten „qualitativen Abrüstung“ entsprechend dem richtigen Grundgedanken der englisch-amerikanischen Vorschläge erhoffte. Auch diese Besprechungen drohten zu verhandeln, als in großer äußerer Aufregung der Hooverplan die Konferenz überrollte. Die in Genf so überaus beliebte Formel des „oui — mais“, des „ja — aber“, konnte sich in voller Schönheit auswirken, als nämlich die Delegationen ausgingen waren, zu den präzisen Teilen des amerikanischen Präsidenten Stellung zu nehmen. Als es klar wurde, daß vor der Sommerpause an eine ernsthafte Diskussion auch des Hooverplans nicht zu denken war, machte der englische Außenminister in einer Äußerung den Vorschlag, den Hooverplan in einer „Prinzip“ freudig zu begrüßen und danach die bisher erreichten Ergebnisse der Konferenzarbeit in einer Resolution zusammenzufassen. In diesem letzten Stadium befinden wir uns jetzt, und in kürzester Frist wird Herr, Generalkommission und vielleicht sogar die Konferenz zusammenbrechen und zu der unter der Federführung Sir John Simonds entstandenen Resolution Stellung nehmen.

Was ist für uns Deutsche hierzu zu sagen? Zunächst ist zu fragen, welche positiven Ergebnisse eigentlich in dieser sich nun schon über ein halbes Jahr hinziehenden Konferenz erzielt worden sind. Sicher ist eines, daß in den Sitzungen der Organe der Konferenz selbst, d. h. im normalen Ablauf der Konferenzarbeit, überhaupt nicht Positives in Bezug auf Überwindung der Mängeln einstimmig angenommen worden ist. Ähnliche Anträge auf Anträge wurden gestellt, die Dokumenten blieben sich zu Bergen, aber die jetzt zusammengestellten Ergebnisse werden ganz einfach als angenommenes „Querschnitt“ aus dem immer noch weitgehenden Differenzen in der Form von Mindestkompromissen untereinander gereiht. Diese Methode entsprach dem dringenden Wunsch mehrerer Delegationen und einem härter werdenden Druck der öffentlichen Meinung, die Konferenz nicht in die Irren gehen zu lassen, ehe nicht wenigstens einige Resultate einstimmig angenommen werden und für die weitere Arbeit der Konferenz eine klare Orientierung gegeben wird. Man beschränkt sich die Amerikaner zum Vertreter dieser Ziele gemacht. Sie drohten ganz offen, ohne solche Mindestergebnisse im Herbst überhaupt nicht wiederzukommen und damit die Konferenz vollständig demagogisch zu machen. Als der Hooverplan veröffentlicht war, hat hierzu die unbedingte Notwendigkeit, ihn wenigstens, wie man das hier in Genf ausdrückt, „im Prinzip“ oder als „Beste“ vor der Ver-

### Gerüchte und Vermutungen im Ausland

Telegramm unfres Korrespondenten

London, 19. Juli  
Der sozialistische „Daily Herald“ bringt einen großen aufsehenerregenden Bericht seines Amerikaner Korrespondenten, der einen „Agenten Adolf Hitler“ als seine Quelle angibt. In diesem Bericht werden einige Pläne enthüllt, die nur geahnt sind, das Ausland in große Unruhe zu versetzen. Die Pläne sollen angeblich im wesentlichen im folgenden bestehen: Wenn Hitler und Dugenberg Parteien eine absolute Mehrheit im Reichstag erhalten, solle eine neue Regierung unter der Führung des ehemaligen Kronprinzen gebildet werden. Hitler selbst werde nicht dem Kabinett beitreten, sondern Parteiführer bleiben. Selbstverständlich werde man die republikanische Verfassung abschaffen, ebenso wie den Parlamentarismus. Durch eine Neuwahl ohne gesetzliche Abstimmung werde man eine Nationalversammlung bilden. Wenn die Reichsparteien aber am 31. Juli keine absolute Mehrheit besitzen, werde Adolf Hitler wahrscheinlich noch in derselben Nacht der Regierung ein Ultimatum stellen. Die Reichsregierung solle zusammenbrechen, die Staatsgewalt der Reichspräsidenten und der Reichstag übertragen. Die Nationalsozialisten würden der Ansicht, daß die Regierung sich nicht diesen Forderungen widersetzen werde. Die Einzelheiten dieses Planes seien mit General v. Schleicher bereits fertig ausgearbeitet worden. Sollte die Regierung sich wider Erwarten nicht lösen, solle sich Hitler stark genug, Gewalt anzuwenden. Der Bericht-

erhalter des „Daily Herald“ glaubt weiter zu wissen, daß alle Führer und Vertrauensleute Hitlers von diesem Plane Kenntnis hätten. Die Rollen, die die einzelnen Abteilungen bei der Besetzung von lebenswichtigen Betrieben zu spielen hätten, seien bereits jetzt verteilt worden. Die zu diesem Gewaltstreik nötigen Waffen befänden sich in Braunshweig; überdies würde man noch Unterstützung der Reichswehr erhalten.

### Ein offizielles Dementi

B. Berlin, 19. Juli. (Sta. Drahtbericht)  
Die Angaben, die heute der „Daily Herald“ über Pläne macht, die Adolf Hitler für die Zeit nach dem 31. Juli sich anzueignen haben soll, werden an dem höchsten zuständigen Stellen als freie Erfindung bezeichnet, soweit von der Beteiligung irgend welcher Stellen der Reichsregierung dabei die Rede ist. Es geht, so wird in der Umgebung des Reichsinnenministers versichert, in der gegenwärtigen Regierung keinen Menschen, der dieser Pläne teilhaftig ist, und auch sonst dürften sowas objektive Bemerkungen vorhanden sein. Selbst in der Familie der Hohenzollern. Der Kronprinz würde nie die Gründung des Reichs seines Hauses erhalten, da Wilhelm II. der Ansicht ist, wenn die Monarchie restauriert werden sollte, könne es nur mit ihm selbst geschehen.

### Kardinal Bertram an den Reichsfangler

Breslau, 19. Juli. (Durch Funkpruch)  
Im Namen der in der Ausdauer Bischofskonferenz vereinigten Oberbischöfe der Kardinal Bertram (Breslau) an den Reichsfangler und den Reichsinnenminister ein Schreiben gerichtet, das die Reichsregierung dringend ersucht, in den letzten Wochen vor der Reichstagswahl dem überhandnehmenden Terror der radikalen Parteien mit durchgreifender Strenge entgegenzutreten. Eine nachsichtige Behandlung solcher Zustände würde die Untergrabung jener Achtung der Staatsautorität zur Folge haben, die heiligste Gebot der christlichen Ordnung ist. Im Inland und Ausland, nicht es in dem Schreiben, werde es auch schwerlich möglich sein, wie notwendig und existenziell ein solches Schreiben auf künftige Kreise, namentlich auf die herauswachsende Jugend, wirkt, deren ethische, nationale Bildung leichter als die der Erwachsenen aufgegeben werden könnte.

Entschuldigungsschreiben an Vizepräsident Reich  
Berlin, 19. Juli  
Beim Berliner Vizepräsidenten Dr. Reich ist ein Entschuldigungsschreiben des Abg. Rube, des Führers der nationalsozialistischen Bauernfraktion, wegen der bekannten nationalsozialistischen Anfrage im Preussischen Landtag eingegangen.

390  
rt. oder  
ganz  
1390  
selbst  
rken  
ellungen  
R  
onner  
MU  
usanhalle  
17. Tel. 17252  
Donnerstag  
amilla Spira  
andlim  
dal  
rkstraße  
-Ballade-  
el ein gros  
n-Liebe  
olgen  
verboten!  
1. 460 Uhr  
sino  
ende 3 Uhr  
instuben  
Obergraben. 11